

Der obererschlesische Kurier kostet monatlich ins Haus gebracht 1000.00 Mark, bei der Post bezogen einschließlich Postgebühren 1000.00 Mark. Um unliebsamen Verzögerungen aus dem Wege zu gehen, ersuchen wir höflich, den obererschlesischen Kurier möglichst rechtzeitig zu bestellen.

Kurier

Anzeigen-Preise: Die zehnspaltrige Kolonellzeile 2 1/2 mm für Obererschlesien 60.00 Mark außerhalb Obererschlesiens 75.00 Mark. Die viergespaltrige Kolonellzeile für Obererschlesien 200.00 Mark, außerhalb Obererschlesiens 250.00 Mark. Beilagengebühren für je 1000 Stück 200.00 Mark.

Königshütte Fernsprecher Expedition 126, Redaktion 128 :: Beuthen OS :: Kattowitz Fernsprecher 162 :: Myslowitz Rybnik :: Fernsprecher 65 :: Pleß

Nummer 20

Freitag, den 26. Januar 1923

17. Jahrgang

Die Verurteilung der Bechendirektoren.

Im Vordergrund stand am gestrigen Mittwoch die Gerichtssitzung in Mainz. Die Verhandlungen gegen die Generaldirektoren fanden im großen Schwurgerichtssaal des Justizpalastes statt. Groß ist die Zahl der, auch aus dem Auslande, erschienenen Pressevertreter, die, da der Raum zu klein ist, sich mit Stehplätzen begnügen müssen. Auch der Zuschauerraum ist überfüllt. Um 9 Uhr wird die Verhandlung von dem Vorsitzenden Obersten Landrat Debus eröffnet. Schweigen herrscht im Saal, als man die Angeklagten unter militärischer Bedeckung hereinführt. Jeder dieser Herren hatte die Haft in einer Strafzelle, die äußerst primitiv und ganz ungenügend ausgestattet war und nur eine eiserne Bettstelle mit Seegrasmatratze erhielt, zubringen müssen. Außerdem waren ihnen im Büro des Gefängnisses die Mittel, die Taschenmesser, ihre Haarbürsten und Kämme abgenommen worden. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Grimm (Essen), Dr. Neumann (Mainz) und V. Gelaire (Nancy). Zuerst werden die von der Verteidigung geladenen Zeugen, darunter Dr. Wegner vom Essener Steinkohlenbergbau und Lützen vom Kohlenhändlerverein, vernommen. Alsdann plädiert Rechtsanwalt Grimm auf die Unzuständigkeit des Gerichtshofes aus den bekannten formaljuristischen Gründen. Demgegenüber behauptet der Staatsanwalt, daß das Militärgericht wohl zuständig sei. Die Zuständigkeit begründet er mit dem Verfall der Verträge, speziell mit dem Teil, der über die abschließende Verlegung Deutschlands sich ausspricht. Nach seiner Ansicht sei dadurch ein internationales Recht geschaffen worden. Der Gerichtshof zieht sich daraufhin zu einer kurzen Beratung zurück und erklärt dann, wie nicht anders zu erwarten, sich für zuständig. Alsdann werden die Angeklagten vernommen. Zuerst Fritz Thyssen. Bei ihrem Verhör schildern sie die bekannten Vorgänge und bekennen feste Entschlossenheit, von niemanden Weisungen entgegenzunehmen und zu befolgen, die den Interessen ihres Vaterlandes zuwiderlaufen. „Wir werden der deutschen Regierung unsere Treue wahren und nie und nimmer gegen die Interessen unseres Vaterlandes handeln. Nichts in der Welt kann uns veranlassen, gegen unser Land zu handeln“ sind ihre Worte, die von lebhaftem Beifall begleitet werden. Nachdem auf Wunsch der Verteidigung noch einige Zeugen vernommen worden waren, beginnt der Staatsanwalt mit seiner Anklage. Die Befehle des Ruhrgebietes durch die Franzosen sei auf Grund des Verfallens der Verträge gerechtfertigt, besonders nach der Bestimmung, die im Falle einer abschließenden Verlegung Deutschlands den repressiven Regierungen die Möglichkeit und das Recht zu jedem von ihnen gewünschten isolierten Vorgehen gebe. Darüber hinaus entspreche die Befehlsgebung auch den Bestimmungen der Haager Konvention. Befehltes Land stehe unter der vollen Autorität der aufstehenden Armee. Die Bestimmungen des Generaldeputats befänden deshalb zu Recht. Die Angeklagten hätten sich deshalb schuldig gemacht, weil sie die ihnen ausdrücklich gegebenen Befehle nicht befolgt hätten. Zum Schluß macht er darauf aufmerksam, daß es möglich sei, die Angeklagten zu einer Geldstrafe zu verurteilen. Auf Antrag der Verteidigung wird die Sitzung unterbrochen und nachmittags fortgesetzt. Die Nachmittags-Sitzung wurde mit den Plaidoyers der Verteidiger ausgesetzt. Sie plädierten alle auf uneingeschränkten Freispruch, auch der französische Anwalt, weil die Angeklagten unter moralischem Zwange handelten. Alsdann zog sich das Gericht zurück. Das Urteil lautete bei Fritz Thyssen auf 500.000 Frank, Direktor Restner auf 15.000 Frank, bei Professor Döbe auf 22.000 Frank, Dörmann auf 6000 Frank, Spindler auf 42.000 und Wüstenhöfer auf 8640 Frank Geldstrafe. Das französische Kriegsgericht hatte die Hauptschuldfrage verneint, und die Nebenfrage auf Verstoß gegen einen Requisitionsbefehl bejaht. Nach Beschluß der Sitzung wurden die verhafteten Bechendirektoren sofort in Freiheit gesetzt. Eine nach Tausenden zählende und immer zahlreicher werdende Menschenmenge empfing sie draußen mit unaußersprechlichen Hochrufen und patriotischen Liedern.

Das Neueste von der Ruhraktion

Kulturträger aus Marokko.

ii. Essen, 25. Januar. (Eigene telefonische Meldung.) Die Haltung der Angeklagten, Beamten und Arbeiter ist nach wie vor fest. Gestern um 3.25 Uhr nachmittags passierte eine französische Truppe mit 16 Feldgeschützen den Hauptbahnhof Essen von Bredeley kommend in der Richtung nach Altenessen. Zwölf Tonis kamen durch Waffenschein in der Richtung nach Osten marschierend gegen Mittag. Nach dem Abzug der 47. Division von Alten-Essen sind heute nachmittags marokkanische Quartiermacher in Alten-Essen nicht zu bemerken. Die marokkanischen Quartiermacher waren weder der französischen noch der deutschen Sprache mächtig, jedoch eine Verständigung unmöglich war. Aus Dortmund verlautet gerüchteleise, daß Anna und Sami befreit werden sollen. In Dortmund herrscht unter den Besatzungstruppen ziemliche Unruhe. Die deutschen Banken sind wieder geöffnet, nachdem die französische Besetzung aus der Reichsbank zurückgezogen wurde. Die Sitzung des Beamtensprechrates der Postbeamten in Gegenwart von Vertretern des Handels und der Industrie beschloß, daß Teilweise im allgemeinen nicht angebracht sei, nur dort, wo besondere Verhältnisse vorhanden sind. Die Stimmung unter den Postbeamten ist bedeutend gestiegen.

Schlagen sie sich die Presse ein?

i. Paris, 25. Januar. (Eigene telefonische Meldung.) Gustav Herze sagt in der „Bildung“ folgende Betrachtungen über die Befehlsgebung des Ruhrgebietes: „Man will uns den Streik der Eisenbahner an der Ruhr zwischen die Beine werfen. Die Ausständischen wollen das Industriegebiet blockieren. Und nachher? Entweder werden sie unsere Feldbahnen blockieren, oder wenn ihnen das nicht gelingt, bekommt die Arbeiterbevölkerung an der Ruhr keine Lebensmittel mehr und kann vor Hunger verrecken. Sie wird Revolution machen. Aber wie? Man macht keine Revolution unter der Herrschaft militärischer Befehlsgebung. Die Ruhrarbeiter, durch den Streik der deutschen Eisenbahner ausgehungert, werden den deutschen Eisenbahnern höchstens die Presse einschlagen, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.“ (!!!) — (Es kann sehr leicht möglich sein, daß es im Ruhrgebiet zum Fressfeindschlag kommt, nur beweisen wir, daß es in der hier geschilderten Art geschieht.)

Eine Friedensstimme aus Frankreich.

Die Absicht der französischen Regierung, mit militärischen Mitteln deutsche Leistungen zu erzwingen, findet nicht die ungeteilte Zustimmung des französischen Volkes. Das zeigt sich von Tag zu Tag mehr. Erfolgreicher Weise mehrten sich gerade im katholischen Lager Frankreichs die Stimmen, die ernste Bedenken gegen die Politik Poincarés geltend machen, und zwar nicht lediglich unter dem Gesichtspunkt reiner Zweckmäßigkeit. Marc Sangnier, der katholische Abgeordnete von Paris, der schon seit Jahren für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kämpft, unterzieht in seiner „Jeune République“ vom 19. Januar die Befehlsgebung des Ruhrgebietes scharfer Kritik; er verurteilt sie, erstens weil für den Wiederaufbau Frankreichs nichts, gar nichts dabei herauskomme, dann aber auch, weil er ein Gegner jeder Politik ist, welche, statt die feindseligen Tendenzen des Krieges zu heilen, nur die Erbitterung und Feindschaft zwischen den Nationen vertieft und einen Haß verewigt, der schon einmal Europa im Jahre 1914 in namenloses Elend stürzte. Wir müssen den Haß abbauen, fordert Marc Sangnier, und dafür sorgen, daß der Geist der Veröhnung leben und drüben Platz greift. Nur wenn das Fall ist, wird es möglich sein, in friedlicher Arbeit das Wiederaufzubauen, was in vierjährigem Kriege sinnlos zerstört wurde. Nicht Chauvinismus, der über kurz oder lang wieder zu neuen kriegerischen Vermählungen führen kann, rettet Europa, sondern nur eine Politik, die im Sinne des Friedenspro-

Berlin französischrein.

ii. Berlin, 25. Januar. (Eigene telefonische Meldung.) Die deutsche Abwehrkommission gegen die französische Gewalttätigkeit hat den in Berlin anwesenden Franzosen und Belgiern einen heftigen Schreck eingejagt. Die Angehörigen der beiden Länder haben in dem letzten Tage geradezu fluchtartig Berlin verlassen. So weit festgestellt werden konnte, befinden sich gegenwärtig in Berliner Hotels keine Franzosen oder Belgier mehr. Auch der in Berlin befindliche französische Mitglieder der verschiedenen Entente-Kommissionen hat sich eine große Unruhe bemerkt, nachdem man persönliche Angriffe befürchtete. Sie bestreuten sich größtenteils zur Abreise und vermeiden besonders, sich an den Fenstern ihrer Quartiere zu zeigen. Über die Haltung der deutschen Amisstellten gegenüber der Entente-Kommission erfahren wir, daß nur noch mit dem Vorsitzenden der internationalen Kommission verhandelt wird, wobei allerdings kein Anlaß wäre, seine Vorhaben etwas abzulehnen, auch wenn sie Franzosen seien. Ob die französischen Kontrollkommissionen ihre Tätigkeit vorläufig eingestellt haben, entzieht sich naturgemäß der Kenntnis der deutschen Amisstellten, da die Kommissionen bekanntlich auf dem Rechte ruhen, jederzeit und jeden Ort beliebig zu kontrollieren.

Sie beraten nun.

ii. Paris, 25. Januar. (Eigene telefonische Meldung.) Die Vorkonferenz ist am gestrigen Mittwoch zusammengetreten und befaßt sich hauptsächlich mit der Lage im Ruhrgebiet.

Der französische Moratoriumsplan.

ii. Paris, 25. Januar. (Eigene telefonische Meldung.) Die Reparationskommission hat sich bisher noch nicht offiziell mit den französischen Moratoriumsplan befaßt. Die Amisstellten haben bisher nur offiziell davon Kenntnis bekommen. Eine Sitzung zur Beratung des neuen Planes ist noch nicht anberaumt worden.

Wegand im Ruhrgebiet.

i. Paris, 25. Januar. (Eigene telefonische Meldung.) Durch außerordentlichen Beschluß der Regierung sind der Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer und General Wegand beauftragt worden, sich sofort in das Ruhrgebiet zu begeben, um sich dort über die ersten Erfolge der Befehlsgebung zu informieren. Die beiden Regierungsbeauftragten sind sofort in Begleitung von Ministerialdirektoren abgereist.

grauus Benedikt XV. einen friedlichen Ausgleich zwischen den Nationen zur Wirklichkeit macht. So ungefähr Marc Sangnier, der unermüdete Vorkämpfer für die christliche Friedensidee in Frankreich.

Was nützt das Deutschland, werden vielleicht manche fragen, wenn doch der Nationalismus tagtäglich seine traurigen Triumphe feiern kann? Gewiß, einen praktischen Wert hat das, für Deutschland zunächst nicht. Aber trotzdem wird die Arbeit dieses Friedensfreundes und auch derer nicht vergebens sein, die gleich ihm entschlossen sind, die Grundsätze, die eben erst Papst Pius XI. in seiner Weihnachtsbotschaft verurteilte, zum Gemeingut des katholischen Volkes zu machen. Wer, wie Marc Sangnier, an die Friedensmission der Kirche unter den Völkern der Erde glaubt, braucht nicht ängstlich darauf zu passen, daß morgen schon der Wirklichkeit ist, wo für er heute sich einsetzt; es wird eben noch lange dauern, bis die Politiker Europas aus der Sackgasse heraus sind, in die sie sich 1914 verrannt haben. Aber unterdessen steht die Welt nicht still, und neue Generationen mit neuen Idealen rufen heran. Diese Generationen gilt es zu gewinnen und mit ihnen in die Tat umzusetzen, was in der Gegenwart noch nicht möglich erscheint: den wahren Frieden, der begründet ist in den Herzen christlicher Völker und behütet durch die Arbeit christlicher Staatsmänner. Der Papst hat ihn in seiner Weihnachtsbotschaft gezeigt. Freuen wir uns, daß es schon Missionare gibt, die den Mut haben, ihn dem katholischen Volke zu verkünden.

Bis in die Nacht hinein dauerten diese Kundgebungen vor dem Zentralthotel, wo die Freigelassenen übernachteten, an. Uebrigens haben sie gegen das Urteil Revision eingelegt. Dagegen wurde der Präsident des Düsseldorf Landesfinanzamtes Dr. Schlutius, der bekanntlich die Herausgabe der Akten verweigert hatte, zu einem Jahr Gefängnis unter Aufsehung des Straßburger Landesstrafgerichts verurteilt. Ebenfalls ein Jahr Gefängnis mit Strafschub erhielt der Präsident der Bergwerksdirektion Reddinghausen, Geheimrat Reiffen.

Die Lage im Ruhrgebiet selbst hat sich nicht wesentlich verändert. Wohl brachen die Bechenden, da sie keine Garantie erhielten, daß die geforderte Kohle nach Frankreich kommt, den Proteststreik ab. Dagegen haben die französischen Eingriffe in das Verkehrsleben nicht aufgehört. Infolgedessen liegen die Bahnhöfe Stiertrade, Meiderich, Oberhausen, Duisburg, Düsseldorf und Hamborn still. Alle Eingriffe der Besatzungstruppen werden jedoch strikte abgelehnt. Als die Franzosen dazu übergingen, Kohlenwagen zu beschlagnahmen, indem sie die Begleitpapiere dieser Wagen an sich nahmen, stellten die Zugleistungen sich selbst neue Begleitpapiere aus, und leiteten die Züge auf andere Gleise um. Weiter wurde beschloffen, Militärzüge nicht mehr zu fahren. So verließ das Ruhrpersonal einfach einen Zug, in dem französisches Militär saß. Ebenso fest sich das Ruhrpersonal entschlossen gegen die Eingriffe in den Postverkehr, da es ablehnt unter feindlichen Bedingungen zu arbeiten. Inzwischen haben jedoch größere Angruppierungen der Truppen stattgefunden. Man will offenbar die Grenze des Ruhrgebietes besetzen, um so die Durchführung der Zolllinie zu ermöglichen. Die rechtsrheinischen Verwaltungen im Rheinland und im Ruhrgebiet werden von Franzosen und Belgiern fortgesetzt. Auch wurde von französischen Soldaten am Dienstagabend ein neuer Mord begangen, indem sie einen Arbeiter anhielten und zum Eingehen aufforderte. Sie schloßen ihm nach und schossen ihn, als er auf ihre Haltrufe nicht sofort stehen blieb, einfach nieder. Weiter haben sie der Firma Zwietsch u. Co. in Herne bei dem dortigen Postamt lagernde Kabeln und schleppten sie weg.

Für die Ruhrpfer.

Für die hart betroffene Bevölkerung an der Ruhr hat dem Reichspräsidenten zu Unterhaltungsarbeiten von privater Seite namhafte Spenden zur Verfügung gestellt worden. So hat die Berliner Johannistage ihr gesamtes Vermögen gestiftet, die Potsdamer Casino-Gesellschaft und Koncertveranstalter haben den Ueberfluß der am Sonntag veranstalteten Konzerte für das Ruhrgebiet bestimmt; einen größeren Betrag haben die Arbeiter, Angehörigen und Beamten des öffentlichen Dienstes in Frankfurt a. M. aufgebracht. Ein Schweizer, der in Deutschland seine zweite Heimat gefunden hat, hat zehn Millionen, ein Deutschamerikaner vier Millionen Mark gespendet.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau, vertreten durch das Rheinische Braunkohlenbündnis in Berlin und das Mitteldeutsche Braunkohlenbündnis in Leipzig, hat in Vertretung seiner kameradschaftlichen Gesinnung unter Einwirkung der Reichsregierung auf seine eigenen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er bei Aufrechterhaltung seiner Betriebe zu kämpfen hat, dem Herrn Reichskanzler für die Ruhrgebiete einen Betrag von einer Million Mark zur Verfügung gestellt.

Der Rastattindustrial Emil Sauer hat, wie uns berichtet wird, beim Reichspräsidenten beantragt, zur Unterstützung der Landeskasse in Rheinland-Westfalen mindestens 100 Millionen beizusteuern.

Der Landesverein Hamburg vom Roten Kreuz teilt mit, daß ihm vom Central Relief Committee New York zur Ueberbrückung an Ueberbrückungsmitteln überlassen wurden. Diese Summe für die Notleidenden im besetzten Ruhrgebiet im Werte von etwa 75 Millionen Mark wird als Gift nach Essen gehen.

Der Präsident und die Mitglieder, Beamten, Angestellten und Arbeiter der Breslauer Regierung beschloßen einstimmig, auf drei Prozent ihrer Dienstbezüge zu verzichten, um sie der in Not befindlichen Bevölkerung des Ruhrgebietes zur Verfügung zu stellen.

Der Bielefelder Arbeiterbund, der das gesamte Arbeitervolk von Stadt- und Landkreis Bielefeld mit Ausnahme der Banken umfaßt, hat als erste Rate zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung in dem von den Franzosen widerrechtlich neu besetzten Gebiet den Betrag von zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Der Deutsche Beamtenbund hat sämtliche Unterorganisationen im Reich veranlaßt, sofort eine Sammlung für die Beamten im Ruhrgebiet und im Rheinland einzuleiten, um den dortigen Kollegen durch Aufwendung von Unterhaltungen die Möglichkeit zu geben, in der Abwehr der französischen Maßnahmen stark und fest zu bleiben. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat die Sammlung nach Belieben aus einer Million Mark eingeleitet.

Die erste deutsche Rede im Warschauer Sejm.

Abgeordneter Spickermann über die Lage der deutschen Minderheit in Polen.

„Das Ungeziefer im weißen Adler“. — Die Entdeutschung Polens. — Mit Unterstützung der Behörden! — Polen ein Nationalitätenstaat. — Loyale Bürger ohne zu winseln. — Die deutsche Schule zerschlagen. — Mißachtung des Minoritäts-Schutzvertrages. — Polens Mission in Osteuropa. — Verständigung mit Deutschland.

Namens des deutschen Klubs im Warschauer Sejm nahm der Abg. Spickermann-Lohs zu dem Expose des Ministerpräsidenten am 28. Januar Stellung, wobei er die Minderheitenfrage in nachfolgender ausführlicher Weise behandelte.

Höher Sejm! Namens der deutschen Fraktion habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben:

Wehr! Vielleicht noch als jeder andere Staat bedarf unsere junge Republik an leitenden Stellen starker Persönlichkeiten. Wir glauben in dem Herrn Ministerpräsidenten eine solche starke Persönlichkeit zu erkennen. Ein neuer Tag unter den Politikern unseres Staatswesens, ein Mann, der an sich und an die Lösbarkeit der an ihn gestellten Aufgabe glaubt und der aus diesem starken Glauben die Kraft zum Erfüllen schöpft.

Durch seine politischen Vorurteile und Doktrinen in seinen Raisonnements beengt, hat der Herr Ministerpräsident die Staatsnotwendigkeiten klar erkannt und aus diesem Erkennen heraus zielstrebend den Kurs gewiesen, auf dem er das Staatsschiff zu steuern gedenkt.

Mit seltenem Freimuth hat der Herr Ministerpräsident die Schäden aufgedeckt, unter denen unser Staatsorganismus leidet. Alle die unerfreulichen Erscheinungen, die der Herr Ministerpräsident kennzeichnete, sind uns seit langem nur allzu gut bekannt. Auch wir Deutschen haben oft und dringend auf die Wunden hingewiesen, von denen unser Staatskörper zerfressen wird. Aber da war ein solcher, aus jargonvollem Erkennen geborener Hinweis Staatsverrat; da hieß es, daß wir den polnischen Senat in den Augen des Auslandes herabsinken wollten, und die Schriftleiter unserer Zeitungen wurden wegen Verbreitung falscher Tatsachen oder wegen Verletzung einer angeblich noch rechtsgültigen Kriegsverordnung zu schweren Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. In diesen und in hundert anderen Urteilen, die gegen polnische Staatsbürger deutschen Stammes ergangen sind, zeigt sich vielschichtig am allerdeutlichsten der Bazillus, der letzten Endes alle die Krankheitserscheinungen an unserem Staatskörper hervorgerufen hat, die der Herr Ministerpräsident beklagt. Das ist das Einseitigsein der Politik und zwar einer von chauvinistischem Übermut diktierten Sachpolitik gegen alles Fremdstämmige in Dinge, die von allem politischen heimlich sauber gehalten werden sollten. Von dieser Intention ist gerade auch unsere Redaktionspolitik befallen. Wir können daher in das Lob nicht einstimmen, das der Herr Ministerpräsident dem polnischen Richter und Procuratorenstande gezollt hat. Wir wissen sehr wohl, daß sich das Rechtsempfinden vieler Richter dagegen aufgebäumt hat. Urteile mit ihrem Namen zu decken, die sie mit dem Buchstaben und mit dem Geiste des Gesetzes nicht für vereinbar hielten. Aber diese wenigen Männer alten Schlages sind fast stets von ihren chauvinistischen Kollegen überstimmt worden, die das Recht glauben beugen zu müssen aus Erwägungen, die im dem Maße gipfeln: „Alle fremdstämmigen Erbtöchter sind im Interesse des Staatsganges zu vernichten.“ Seinen fürchterlichsten Ausdruck hat dieser Gedanke vielleicht in der Fassung gefunden, die ihm der Verteidiger des Mörders Niemcewicz gegeben hat. Sein Plaidoyer gipfelte in dem brutalen Ausdruck: „Wenn die Geschichte eine solche Tat wie die Niemcewicz nicht gekannt hat, so hat sie auch eine solche Rache nicht gekannt, wie die, in der sich das Land befindet, da es von den Weibern der Minderheiten überflutet wird, die die Herren sein sollen. Der polnische Adler, der vom Ungeziefer befallen ist, kann fliegen, aber mit ihm geht auch jenes Ungeziefer zu Grunde.“ Das ist der Extrakt der nationalchauvinistischen Lehren, die ganz systematisch eine zum guten Teil mit ausländischem Kapital gespeiste Presse Jahr um Jahr den Massen eingebläut hat. Die Herren sollten wir sehr im politischen Leben, die wir von allen, aber auch von aller Mitarbeit geistlich ferngehalten wurden? Wann haben wir jemals derartig unpolitisches Vorgehen gekannt? Welches Unterfangen hat man in folchem Sinne werden können? Nun, daß wir es gewagt haben, gemäß unserem bürgerlichen Gewissen, gemäß dem Recht und gemäß unserer Pflicht als Sejmabgeordnete einem der von unseren polnischen Kollegen für den Posten des Staatspräsidenten aufgestellten Kandidaten unsere Stimmen zu geben und ihn mit diesen unseren Stimmen durchzubringen. Das war das Verbrechen! Zu solcher Verleumdung hat die parlamentarische Hege gegen uns Fremdstämmige die Massen hineingetrieben, daß der Mann (gemeint ist Niemcewicz, D. Red.), an dessen nationalchauvinistische Forderung niemand bislang zu zweifeln wagte, der Mann, der sich auf höchstem Staatsamt bewährt hatte, der Mann, der sich in keiner Weise als Sachwalter der Minderheiten gezeigt hatte, in dem ihm die polnischen Minderheiten ihr Vertrauen aus-

sprachen. In einem Staatswesen, in dem die fremdstämmige Bevölkerung mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, sollte die Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden: Wie stellen wir auch diese anders gearteten Elemente zufrieden, wie bringen wir sie dazu, auch ihrerseits an den großen Staatsaufgaben vertrauensvoll mitzuarbeiten?

Nichts von alledem! Das Vertrauen, mit dem wir uns trotz allem, was wir an Demütigung und Ausbeutung erlebt, zur gemeinsamen Arbeit im Staate wiederum haben, wird als unerlaubte Einmischung gebrandmarkt. Dem schnell und tatkräftigen Eingreifen des Herrn Ministerpräsidenten ist es zu danken, daß solcher Gedankeneinstellung entgegengetreten und sich nicht zu einer Gefahr für das Staatswesen ausgewachsen hat. Aber das Gift frißt weiter.

Wir bedauern feststellen zu müssen, daß der Herr Ministerpräsident in seinem Expose eine Wendung gebraucht hat, die es beinahe so scheinen läßt, als wenn auch ihn dieser Tag ein Tag aus demselben chauvinistischen Gift ein klein wenig infiziert hätte. Er hat, wie wir meinen, mit vollem Vorbedacht seine Ausführungen über die polnischen Minderheiten mit der Feststellung eingeleitet: „Polen ist ein Nationalstaat.“ Das ist ein verhängnisvolles Wort. Diese Auffassung hat ja gerade die großen Massen unserer polnischen Mitbürger zu der Selbstvergessenheit gelangen lassen: Also haben die Fremdstämmigen hier nichts zu suchen, sie sind — was in tausend Varianten immer wiederholt wurde — nur geduldete Gäste. Wollen sie sich als mehr betrachten, so müssen sie aus dem Lande gedrängt werden. Wir haben lange genug unter dem unerträglichen Zustand gelitten, der solche Argumentation geschaffen hat. Der gesamte Apparat der inneren Verwaltung hat ausgesprochenenmaßen unter der Parole gestanden: Kein Mittel ist unternommen zu lassen, die polnischen Bürger deutschen Stammes aus dem Lande zu treiben, das Land zu „Entdeutschung“ zu verhelfen, wie man das so beschamlos auszudrücken beliebt. Auch das brutale Mittel ist zu diesem Zwecke erlaubt. Selbst der gelegentliche Sejm hat sich nicht gescheut, sich bei seiner gesetzgebenden Arbeit von solchen Gedankengängen leiten zu lassen. Er hat damit in den breitesten Massen das Gefühl von Recht und Unrecht auf das Schwerste erschüttert. Wird es geschicklich funktioniert, einen Deutschen um sein Volkstum Willen aus seinem Eigentum zu entfernen und das unter Wokasitäten, die ihn um sein gesamtes Vermögen bringen und die ihn als bettelarmen Flüchtling in die Fremde ziehen lassen; dann kann man dem Manne von der Straße nicht verhehlen, wenn auch er das Gefühl für die Unberücksichtigung des Eigentums verliert. Das Wunder, wenn bis weit hinaus in die Oberschichten die Moral auf das Schwerste erschüttert ist. Wir gehen vielleicht nicht zu weit, wenn wir gerade in der Klassifizierung der Staatsbürger, die eben nurlicht auf den irdigen Begriff des Volkstums, die letzte Wurzel alles Übels auf allen Gebieten des Staatswesens erblicken. Und nicht zu leicht auch die Ursache dafür, daß vielfach das Vertrauen des Auslandes an unsern Wirtschaftlichen verloren gegangen ist. Es gilt heute — auch in den Zentralanstalten — als keine Selbstverständlichkeit, daß die Unternehmungen Deutscher mit ihren Ansehn und Fortschritten ausbleiben, wenn sie mit polnischen Unternehmungen in Konkurrenz stehen. Wir bedauern es mit Dank, daß der Herr Ministerpräsident gewillt ist, das Schlimme der Kreditkürzungen an die Reduktion einer Nachprüfung zu unterziehen. Wir haben das begünstigte Empfinden, daß auch hier nicht mit alledem Wache gemessen wurde, daß auch hier unter Hervorhebung nationalchauvinistischer Erwägungen bürgerliche Unternehmungen aus dem Staatsideal Rubenbungen erhalten haben, an denen die deutschen Unternehmerunternehmungen keinen Teil hatten.

Leicht wird es nicht sein, alle die Unterbreitungen auszubrennen, die das Gift des nationalen Chauvinismus an Volkstörper haben auszuwirken lassen; es wird auch kaum genügen, die inneren Krankheitserscheinungen zu bekämpfen, wenn nicht gleichzeitig der Krankheitsreger, das im Dunkel fortkriechende Gift beseitigt wird. Darum ist heute die Klapp und Klare Verantwortung der Frage unabweislich: Ist Polen ein Nationalstaat oder ist es ein Nationalitätenstaat?

Wir hätten vielleicht der Feststellung des Herrn Ministerpräsidenten — Polen ist ein Nationalstaat — nicht eine so entscheidende Bedeutung beigemessen, wenn nicht der Ministerpräsident im unmittelbaren Anschluß an diese Feststellung die Sonderrechte der Minderheiten als zu einer Last umgestaltet hätte, daß sie beinahe wären, ihre sprachliche und religiöse Eigenart frei zu kriegen. Da steht das Versteckspiel! Wir uns Deutsche in Polen kommt kaum die Frage religiöser Eigenart in Frage, denn wir sind Deutschen einerseits verschiedenen Religionsgemeinschaften angehört, sind wir auf der anderen Seite alleamt mit unseren politischen Interessen in den politischen Religionsgemeinschaften verbunden, in Gemeinschaften, die einen Unterschied der völkischen Angehörigkeit nicht kennen. Das ist die Epitaphie der größten Religionsgemeinschaften mit den von ihnen gelehrten christlichen Lebensweisheiten für vereinbart halten, die ihnen anvertrauten Deutschen zur Aufgabe ihres Deutschtums zu bestimmen, und daß der nationale Chauvinismus auch in die Unterbreitungen der bürgerlichen Gesellschaft beider Völkernisse und auf die Kränkeln seinen Weg gefunden hat, steht auf einem anderen Blatt. Wenn ist die Frage der deutschen Minderheiten insofern, daß den staatlichen Belangen. Unverändert war, daß die polnische Chauvinisten noch immer für bereit hatten, unter Verletzung des Völkereigentums ohne jede rechtliche Erwägung unsere Volkstücker zu stehlen und zu konfiszieren. Bedauerlich, daß man es für achtlos hält, uns nach

wie vor mit Spiegeln und Spionen zu umgeben. Aber sei es! Wir haben nichts zu verheimlichen. Wenn unser Familienleben interessiert, mag ruhig in unsere Internas Einblick haben. Aber so weit ist wohl bisher noch niemand gegangen, daß er uns im eigenen Heim im Gebrauche der Muttersprache behindern wollte.

Sollte indessen der Herr Ministerpräsident unter dem freien Gebrauche der Muttersprache ein Recht verstehen, das über die Grenzen des Privatlebens hinausreicht, ein Recht, das sich in der Öffentlichkeit auswirkt, so bitten wir, dieses Recht für uns praktisch werden zu lassen.

Aus den Gemeinderatsversammlungen in den westlichen Wojewodschaften sind wir fast vollständig hinausgedrängt wegen angeblich ungenügender Kenntnisse der polnischen Sprache; im östlichen Sejm ist dieser Tage ein Gesetz zur Annahme gelangt, das den ausschließlichen Gebrauche der polnischen Sprache auch in solchen Gemeinderatsversammlungen vorschreibt, die sich in der Hauptsache aus Deutschen zusammensetzen — und das fünf Monate, nachdem Oberbesleien an Polen gefallen ist, also nach Ablauf einer Periode, in der es heimlichen Willen nicht möglich war, die polnische Sprache zu erkennen. Wir stellen nur ungern Vergleich mit der Vergangenheit an, aber wir können es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in den polnischen Kreisen der ehemaligen Provinz Polen die polnische Sprache neben der deutschen noch drei Weichenalter nach Einverleibung dieser Provinz in den preussischen Staat als Muttersprache angesehen war. Wir dürfen ferner darauf hinweisen, daß in diesen Tagen der Senat den Gebrauche der Minderheitssprachen selbst für die Kommunalverwaltungen abgelehnt hat. Mit dem „freien“ Gebrauche der Muttersprache ist es also ein eigen Ding.

Was uns aber der Minderheitenschutzvertrag als höchstes Gut gegeben hat, und was für uns die magna carta unserer Existenz ist, das ist die Möglichkeit, auch im politischen Staate an unserem Volkstum festhalten zu dürfen, ohne daß uns deshalb eine differenzielle Behandlung zu Teil werden darf. Hat doch der Minderheitenschutzvertrag mit dem Begriffe der bürgerlichen Minderheit einen neuen Organismus der Selbstverwaltung gegeben, dessen Lebensenergie sich aus dem Volkstum seiner Einzelmitglieder herleitet. Daß Sie Herr Ministerpräsident, diesen grundlegenden Gedanken überlegen haben, läßt in Ihren Ausführungen eine Lücke, die wir bringen auszufüllen bitten. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, Polen einen Nationalstaat nennen, auf wir werden um die Worte nicht streiten. Wenn Sie aber aus dieser Feststellung ableiten wollen, daß wir nicht das Recht hätten, unsere völkische Eigenart zu pflegen, so könnten wir Ihnen auf Ihren Wegen nicht folgen. Wir stellen hier in aller Form und mit allem Ernste fest, daß uns gerade die Tatsache der Pflege unserer völkischen Eigenart immer als Minderheit ausgesetzt worden ist, daß noch immer nicht Organisationen, die sich dieser Pflege zur Aufgabe gemacht haben, die gebührende Genehmigung erhalten haben, daß man uns aus unserm Konnekt mit den deutschen Volksgenossen außerhalb der Staatsgrenzen den Vorwurf des Staatsverrats gemacht hat. Wir müssen diesen Vorwurf aufs entschiedenste zurückweisen! Wir haben uns in unserer Gesamtheit nicht die geringste Minderheit gegenüber dem Staate zu Schulden kommen lassen, und wir würden es bedauern, wenn der Herr Minister an uns Deutsche gedacht haben sollte, als er glaubte, betonen zu müssen, daß diejenigen, die auf Stimmen aus dem Auslande hören, um im gegebenen Momente die bürgerliche Sozialität gegenüber dem Staate zu verlegen, die starke Hand des Staates würden führen müssen.

Wir sind aufs engste mit unserem Staatswesen verbunden, und wir haben es, wie wir meinen, durch vier lange Jahre bewiesen, daß wir es mit der Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten ernst nehmen. Freigewählte Vorstände bei Ausübung des staatlichen Schutzes und der staatlichen Fürsorge sind also uns gegenüber nicht am Platze. Wir dürfen daher also erwarten, daß der Herr Ministerpräsident das Versprechen, die loyalen Staatsbürger dieses Schutzes und dieser Fürsorge teilhaftig werden zu lassen, schnellstens in die Tat umsetzt. Bisher war uns gegenüber immer und immer wieder nur Rechtsnachmachung und Hinaussetzung der Lösung des Tages. Wir bedauern mit aller Entschiedenheit, daß wir es ablehnen; uns die Qualifikation eines loyalen Staatsbürgers dadurch zu erwerben, daß wir unser Volkstum verlegen. Wie es dem Polen im Auslande — in Deutschland, Amerika und wo immer es sei — höchste Pflicht ist, sein Volkstum unberührt zu wahren, und wie er sich trotzdem als guter Bürger seines Wohnortes fühlt, so nehmen auch wir für uns in Anspruch, auf unser Volkstum stolz sein zu dürfen und dieses Volkstum auch als lokale polnische Staatsbürger ungehindert zu pflegen. Wir dürfen um so stolzer auf unser Volkstum sein, wenn wir uns rückwärtig verpönterwartigen, was das Land deutschen Fleiß, deutschem Können und deutscher Intelligenz dankt. Wir vermögen nicht einzusehen, warum sich nicht auch heute und in der Folge unserer Eigenart in freier Entfaltung zum Segen des Staates auswirken sollte. Wenn uns der Minoritätenschutzvertrag zur Erhaltung und zur Pflege unseres Volkstums besondere Rechte auf kulturellem Gebiete zuerkannt hat, Rechte, die — worauf der Herr Ministerpräsident hinwies — auch in unserer Verfassung verankert sind, so sind alle diese Entfaltungen papierenes Seltene geblieben. Der Minoritätenschutzvertrag datiert vom Jahre 1919, die Verfassung vom Jahre 1921. Entgegen aber den drei feststehenden Verträgen ist in den vergangenen Jahren bis auf den heutigen Tag alles getan worden, das deutsche Volk zu zerschlagen. Ist es, daß die polnischen Behörden einseitig den Nationalismus in der Hand hatten, ist es, daß sie, nationalstisch eingestellt, den Nationalismus über

Vorgezogen am besten zu entsprechen glaubten, wenn sie den offiziellen Weisungen entgegen handelten; tatsächlich ist der Erfolg ihrer systematischen, zielstrebigen Arbeit, daß das insbesondere in den Westmarken ein so blühendes deutsches Schulwesen in Trümmern liegt. Man hat uns unsere Schulgrundstücke, unsere Schulgebäude, die wir und unsere Väter aus eigenen Mitteln aufgebaut hatten, weggenommen; man hat uns immer wieder daran gehindert, andere Gebäude zur Einrichtung von deutschen Privatschulen zu erwerben, man hat die alten deutschen Lehrer dadurch zur Abwanderung veranlaßt, daß man von ihnen in kürzester Frist die Erlernung der polnischen Sprache verlangte — eine Unmöglichkeit für alle die, die in überragender aber gar kein deutschen Gemeinden anhielten. Und heute, nachdem wir uns, so gut es gehen wollte, Hilfskräfte für die Unterrichtserstellung herangebildet haben, bestreitet man ihnen die Lehrbefähigung — aber den seminarellisch vorgebildeten Deutschen werden Schwierigkeiten bei der Anstellung gemacht. Endlich sollen hochqualifizierte Lehrpersonen, die deutsche Reichsangehörige sind, auch an deutschen Privatschulen nicht mehr unterrichten dürfen. Dazu kommen die bekannten Minderheiten, die uralte Schulsysteme in den einzelnen Ortschaften auszuwickeln, damit die Schülerzahl unter 40 herabgedrückt wird, und so der Anpruch auf eine öffentliche Schule wegfällt; bald werden werden Umgehungen demselben Ziele dienlich gemacht, bald muß die Umwandlung einer Sozialität in eine Kommunalität, dazu herhalten, die alte deutsche Kulturschätze zu vernichten und die Polonisierung unserer Kinder einzuleiten.

So steht die Freiheit in der Pflege unserer kulturellen Eigenart und die Selbstbestimmung des Staates für das deutsche Schulwesen aus. Wir wollen hoffen, Herr Ministerpräsident, daß es jetzt anders werden wird. Es gehört in der Tat ein offener Wesen dazu, hier Wandel zu schaffen! Eine grundlegende Veränderung des ganzen Systems! Wenn Staatsräten, Polizeibeamten und Schulmännern weiter dem Diktatistenverein (polnischer Katastrophenverein. Die Red.) angehören dürfen, einem Verein, der sich als Hochburg nationalistischer Tendenzen die Entdeutschung des Landes zum Ziele gesetzt hat, so ist es ausgeschlossen, daß die anders gerichteten Intentionen des Herrn Ministerpräsidenten ihre Verwirklichung finden.

Der Herr Ministerpräsident hat sich zu den bestehenden internationalen Verträgen bekannt, und er hat barfüßig auf dem Boden der anerkannten Völkerrechte des Hohen Bundes gedacht. Wir leisten daraus die Hoffnung her, daß der Herr Ministerpräsident den Völkern und Völkern dieses hohen Ansehens mehr Bedeutung beimessen wird, als wie dies unter seinen Vorgängern der Fall war. Bekanntlich hat eine vom Völkerbundrat eigens zu diesem Zweck eingesetzte Kommission am 30. September v. J. dahin notiert, daß Polen verpflichtet gewesen ist, die vom preussischen Staate mit den Domänenpächtern und Ansiedlern geschlossenen Verträge zu respektieren. Die Kommission hat ferner den Begriff des Geburtspolen in der Weise umgrenzt, wie wir ihn im Gegenlage zu der Auffassung unserer Regierung verstanden hatten. Zu unserem lebhaftesten Bedauern hat sich die polnische Regierung über dieses Notum hinweggesetzt.

Wenn die Rhetorik selbst im internationalen Verkehr ihr Wort und ihre Unterwürigkeit leicht nimmt, dann dürfen wir auch die uns von dem Herrn Ministerpräsidenten erteilte Zusage bürgerlicher Gleichberechtigung nicht als genügend ansehen, sondern müssen erwarten, daß er uns baldige und konkrete Zusagen gibt. Ist das Vertrauen erst einmal errichtet, dann läßt es sich nicht von heute auf morgen wiedergewinnen. Wir können daher nicht ganz davon absehen, noch kurz zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten über die auswärtige Lage Stellung zu nehmen, auf die Gefahr hin, auch hier wieder von den uns feindsich gesonnenen Elementen als die Schlichtmacher Berliner Aspirationen gebrandmarkt zu werden. Nichts anderes als die Sorge um unsere Heimat, um die Erhaltung unseres Staates heißt uns zu reden, wo Schweizer Freiheit oder Widerstandswort wäre. In dem einschlägigen Basiss des Expose wurden an allererster Stelle die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich überaus stark unterstrichen, und Frankreich mit Polen an der Seite wurde als der Hort des europäischen Gleichgewichts gefeiert. Dann wurde in schmeichehaften Worten der Beziehungen zu diesen anderen Staaten gedacht, darunter zu Japan, zu den Nachbarstaaten und zu Litauen, und dann erst zum Schluß wurde in gedanklich nützlichem Töne der Hoffnung Raum gegeben zu korrekten Beziehungen auch mit den beiden Nachbarstaaten, Deutschland und Rußland zu gelangen.

Wir wollen uns in unserer Fragestellung und in unserer Kritik auf dem besten Gebiete der hohen Politik gern die gebührende Rache aneignen, denn wir wissen sehr wohl, daß Dinge, die in der Entwicklung bearbeitet sind, dadurch nicht schwerer reifen, daß man sie vorsichtig verhält. Aber mit einer Frage können wir nicht zurückbleiben: Sollte Polen heute nicht für die Erkenntnis reif sein, daß es heute als bürgerlicher Staat in Osteuropa Rechnung zu tragen hat? Wären Deutschland und Rußland heute noch innerlich zerklüftet, die Lebenskraft, die doch letzten Endes die Zukunftsentwicklung eines Staates bestimmt, haben sie nicht verloren, wenn nicht auf abzuwenden. Sie werden ansehnliche Mäure auf der europäischen Bühne breiten! So ergibt sich für Polen aus seiner geographischen Lage mit zwingender Notwendigkeit, daß eine Mischung an diese um so viel größere Nachbarstaaten. Polen ist heute der gefährlichste und gefestigste unter den drei Staaten. Sollte es daher nicht gerade an ihm sein, den Weg zu einer freundschaftlichen Verhältnis zu bereiten? Das wäre Weltfriede mit jedem Tag würde das Gleichgewicht Europas besser dastehen, als durch Majorität und Kanonen.

Daß wir an der schnellen und reiflichen Verständigung mit Deutschland ein besonderes Interesse haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Denn aus der Tatsache, daß heute — 4 Jahre nach Beendigung des Weltkrieges — noch immer wichtige Fragen ungeklärt sind, die die politische Menschheit an der Dinge hat auflösen lassen, hat sich für uns — ja, weil wir von jeder Umgestaltung unmittelbar berührt werden — ein Fehlen der Minderheiten abzuwenden, dem wir schon zu leiden

Die Etatsrede

des Sejm-Abgeordneten Baron von Reizenstein.

R. Kattowitz, 24. Januar.

Im Allgemeinen verlief die Sitzung ruhig und sachlich. Es wurden nur die Generaldebatten zum neuen Etat des Sejm vom Stapel gelassen. Vorher brachte der Abg. Kędzior einen Antrag ein, auf Bewilligung von einer Milliarde zwecks Sanierung der Finanzen in den Gemeinden. Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt und auch gleich in erster, zweiter und dritter Lesung genehmigt. Zum Etat sprach weiter der Abg. Rybarz, von der Korstanty-Partei. Aber er blieb in der Hauptsache wenig verständlich. Erstens war die mangelhafte Auffassung des Saales daran schuld, zweitens war Herr Rybarz stimmlich nicht disponiert. Der Abg. Fuchs vom deutschen Klub brachte gegen Ende der Sitzung noch den Antrag ein auf Errichtung eines Versicherungsamtes für die Wojewodschaft. Auch diesem Antrag wurde zugestimmt. Sodann erglitz Abg. von Reizenstein (deutscher Klub) das Wort:

„Verehrte Damen und Herren! Es hat in der ganzen Bevölkerung der Wojewodschaft Schloffen große Anteilnahme erweckt, als der erste Wojewode am Ende v. J. zu Grabe getragen wurde. Gerade die deutsche Bevölkerung hat Anteil an diesem Verlust genommen, weil der erste Wojewode als sehr gewissenhafter Beamter geschätzt und anerkannt wurde, der bemüht war, der Gerechtigkeit nachzukommen und sich in die Gefühle der Deutschen hineinzuversetzen. Wir haben erwartet, daß wir bei der heutigen ersten Staatsberatung den neuen Wojewoden werden begrüßen können, daß ist nicht der Fall. Daran ist aber die Wojewodschaft nicht schuld, denn die Warschauer Regierung hat das Bestimmungsrecht über die höheren Beamten der Wojewodschaft. Sie hat die ruhige Hand in der halbigen Besetzung dieses Postens nicht gehabt. Es erfordert aber das Ansehen der Wojewodschaft, daß der höchste Posten bald durch die Zentralregierung besetzt werde. Das man damit bisher geizigert hat, ist durchaus nicht geeignet, daß die deutsche Minderheit das Vertrauen gewinnen kann. Auf freihlichem Gebiete ist eine Aenderung eingetreten. Nachdem der deutsche Staat den einen ober-schlesischen Gebietsteil abgetrennt hat, erfolgte auch die Abtrennung vom Breslauer Bistum. Es wurde eine eigene Administration unter dem Hochwürdigsten Herrn Dr. Hlond eingerichtet, der als Verwalter und Verwalter eingesetzt wurde. Es ist kein Geheimnis, daß die Neuorganisation in der innerkirchlichen Einrichtung unbedingt geboten war, die Abtrennung ist nicht notwendig gewesen, aber wir mußten von dem alten Bistum Abschied nehmen. Das ist uns Deutsch-Katholiken in der Wojewodschaft nicht leicht geworden und wir sagen unserem bisherigen Bischof für seine priesterliche Fürsorge herzlichen Dank. Der Hl. Vater hat sein Wort gesprochen und wir müssen uns im Sinne des Hl. Vaters geboriam zeigen. Der Herr Verwalter ist unser vor-aus-sichtlicher Bischof. Er kann überzeugt sein, daß wir die Liebe auch auf ihn übertragen werden, und wir wollen ihm stets mit Liebe entgegen-treten.

Der erste Etat der jungen Wojewodschaft, wie er uns vorliegt, hat zu Beanstandungen keine Veranlassung gegeben. Es ist weiter die Aufgabe der Budgetkommission, die eingesetzten Zahlen zu prüfen. Ob sie jetzt noch die nötige Kaufkraft haben werden, sei dahingestellt. Bei Aufstellung des Etats sind die Werte von August und September zu Grunde gelegt worden, jetzt schon muß man jedoch mit dem 2000-fachen Betrage rechnen und es läßt sich gar nicht übersehen, wie es gegen Ende des Staatsjahres aussehen wird. Es muß zugestanden werden, daß der Etat sehr vorsichtig aufgestellt wurde. Die Einnahmen sind vorsichtig und niedrig eingeschätzt, die Ausgaben dagegen ziemlich reichlich. Es ist daher eine ziemliche Spanne freigelassen worden. In Einnahmen steht der Etat 109 1/2 Milliarden deutsche Mark und 41 1/2 Milliarden polnische Mark vor; in Ausgaben dagegen 98 1/2 Milliarden deutsche Mark und 51 1/2 Milliarden polnische Mark. Diese Zahlen sind etwas astronomisch gehalten und ich kann mir vor meinen Augen darüber nicht die richtige Vorstellung machen. Bezüglich der einzelnen Etats wäre zu bemerken, daß sein Studium leichter gewesen wäre, hätte man für jeden Etat ein extra Ordinarium herausgeschält. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß der Steuerausfall zu hoch eingeschätzt ist. Ob die vorgezeichneten Steuern ausreichen werden, ist durch nähere Berechnung und Prüfung zu erwägen. Die hauptsächlichsten Steuern kommen aus dem Industriebetriebe, weitere Steuern, wie Zölle, Einnahmen aus Eisenbahn und Post, fallen nicht der Wojewodschaft, sondern der Zentralregierung zu. Zwischen den direkten und indirekten Steuern besteht ein gewisses Mißverhältnis. Die Steuern für die Kohle betragen 40 Prozent und sind das Haupt-

rückgrad der Wojewodschaft. Ob aber die Steuer in der bisherigen Höhe angebracht ist, bedarf noch einer näheren Prüfung. Die Kohle ist ein Naturprodukt, mit dem wir alle rechnen müssen, jede Familie braucht es, und durch die hohe Steuer entsteht eine besondere Verteuerung. Ich möchte hier die Anfrage mit-erlauben, welche Schritte getan worden sind, daß der Etat durch die verschiedenen Werten nicht beschwert werde. Während die Bewohner von Tschen-Schlesien in polnischer Valuta einge-schätzt sind, haben wir die deutsche Währung und es wäre sehr erwünscht, wenn nun die einheitliche Währung in polnischer Valuta einge-führt würde. Es ist für uns vom deutschen Klub die Valutafrage keine nationale Frage, aber durch die Wänderung der Währung ist für uns das letzte Bindeglied mit Deutsch-land genommen und dieser Abschied wird uns nicht leicht. Es muß ein gewisser Zeitpunkt bei der Umstellung umgeschaltet und eine sach-gemäße Prüfung vorgenommen werden, damit die Industrie nicht in Schwierigkeiten gerät. Hierbei möchte ich nebenbei erwähnen, daß das Finanzamt in Kattowitz die Erteilung von Auslands-pässen davon abhängig macht, ob der Antragsteller seine Steuern entrichtet hat oder nicht. Im letzteren Falle wird die Ausstellung des Passes verweigert. Das sind aber persön-liche Sachen. Es hat das Finanzamt einen kuriosen Einfall gehabt, indem es Angestellten einer Aktien-Gesellschaft die Ausstellung eines Passes verweigert hat, weil die Gesellschaft ihre Steuern noch nicht erledigt hatte, was übrigens nicht ihre Schuld war.

Wenn ich jetzt auf die innere Verwaltung zu sprechen komme, so ist dort noch nicht alles so, wie es sein sollte, wie man es früher gewohnt war. Aber wir stehen am Anfang einer neuen schmerz-lichen Verwaltung und man muß hier mildernde Umstände zugehen. Wir hoffen auf eine schärfere Zusammenfassung und auf Ziehung klarer Linien bei Ausübung der Verwaltung. Hierbei sei be-merkt, daß bei Annahme von Beamten mit größerer Schärfe vorgegangen werden muß, bezüglich deren Kenntnisse und Fähigkeiten. Ich erinnere an den Fall Kempa, der zu befehlen gegeben hat und auf die Zentralverwaltung u. andere Verwaltungen un-günstig wirkt. Ich möchte den Hrn. Wojewoden u. die Abteilungsleiter bitten, ihre Beamten auf ihre fach-lichen Kenntnisse und ihre Moralität zu prüfen. Es ist sehr leicht vom grünen Tisch aus etwas zu be-handeln, aber die Leiter sollten nach außen hin mit der Bevölkerung mehr in Verbindung treten. Es hat z. B. ein Landrat aus sich heraus seinen Heber-leit darüber, was in der Bevölkerung vorgeht. Er mußte vielmehr mit seinen Insassen mehr Zuhörig-nehmen, als dies bisher der Fall war. Es liegt z. B. bei den Umstandes-gebern nicht das richtige Ver-trauen zur Behörde vor. Das muß anders werden, um ihnen die Arbeitsfreudigkeit wieder zu geben und die untersten Stellen besser auszubauen.

Das Sprachengesetz hatte ich für unglücklich ge-funden, es wurde durchgeführt, dann werden 70 bis 80 Pro-zent der Beamten ihre Aemter niederlegen, weil sie bezgl. der Sprache dem Gesetz nicht entsprechen. Und gerade dieser Punkt hat schon berechtigte Klage ge-bracht. Es sind Eigenmächtigkeiten vorgekommen. Uebergriffe, die über den Rahmen der Zuständigkeit eines Beamten hinausgingen. Ich habe hier zu-nächst den Landrat von Lublitz im Auge. Er hat 1. Zt. die Ausfuhr von Bodenprodukten aus dem Kreis verboten und das geht gegen seine Macht-befugnis, die über den Kreis nicht hinausgeht. Und was war die Folge seines Ausfuhrverbotes, es blieben die Lebensmittel den Bauern zurück und so kann man nur von einer Unzufriedenheit in der Ausfuhrverweigerung reden. Im Kreisblatt Nr. 12 erschien derselbe Landrat eine Bekanntmachung, wonach Schreiben, die nicht polnisch abgefaßt sind, keine Berücksichtigung finden. Das verstoßt gegen das Genfer Abkommen und das Recht, wonach für die nächsten 15 Jahre die deutsche und die polnische Sprache unbeschränkt angewendet werden können.

Gegen das Genfer Abkommen und gegen die Ver-ordnung der Wojewodschaft vom 21. August wurde in Schwidnitschowitz von der Polizei die Kauf-mannschaft angewiesen, ihre Schilder polnisch her-zustellen zu lassen. Dabei wurde ihnen angedroht, daß dies im Weigerungs-falle und ihre Köpfe durch die Polizei veranlaßt werden würde. Nach dem Genfer Abkommen kann jeder einzelne sein Schild deutsch oder polnisch aufhängen. Der Amtsvor-stand aus Schwidnitschowitz hat die Gastwirte ge-wissermaßen verpflichtet, polnische Zeitungen und Zeitschriften auszuliegen. Sie hätten vom Staate das Entgegenkommen, daß ihnen die Konzession er-teilt worden ist und sie hätten sich dafür durch Aus-legung von polnischen Schriften erkennen zu ze-igen. Der Bürgermeister von Rybnik hat einem Gutsherrn eine Zahlung der Zuwachssteuer im-nerhalb 14 Tagen auferlegt. Es kam bald ein zwei-tes Schreiben, in dem der Gutsherr die Auffor-derung erhielt, die Steuer innerhalb drei Tagen zu erlegen, bei Vermeidung der Zwangsvollstref-fung. Mit diesem zweiten Schreiben kam der Gutsherr zum Bürgermeister und bat um Auf-schübung. Kurz darauf wurde die Frist von 14 Ta-gen in drei Tage abgeändert und che noch der Gutsherr zurückgekehrt war, hatte schon der Pol-zei-befehl bei ihm vorgelesen. In Bi-marzschütz erlaubt sich der Amtsvorstand Eigen-mächtigkeiten gegen die Versammlungen, in dem er die gewerkschaftlichen Versammlungen von der Polizei überwachen läßt, wozu er gar kein

Recht hat. Bezüglich der Ausstellung der Verkehrs-karten kommen ebenfalls Ungehörigkeiten vor. So wurden in Tarnowitz, Bismarckstraße verschiedene Nachfragen über Wohnsitze und Zweck der Verwen-dung bezgl. Reise verlangt. Nach dem Genfer Ab-kommen hat jede Person innerhalb des Grenz-gebietes eine Verkehrskarte zu bekommen, die seit dem 1. Januar 1921 ihren ständigen Wohnsitz in dem betreffenden Gebiete hat. Auch bezüglich des Grenz-übertritts ist keine Meinungsverschiedenheiten vor-zutreten. Der Uebertritt mit Verkehrskarte ist auf der ganzen Grenzlinie gestattet. Irgendwelche Beschränkungen sind unzulässig. Ebenso werden Schwierigkeiten bezgl. der Schreibweise der Namen gemacht. Wenn ein deutscher Mann sich Ulyk schreibt, dann heißt er eben nicht Ulyk. Zum Pol-nischen ist zu sagen, daß in letzterer Zeit eine Besserung eingetreten ist. Unter dem Personal sind ungeeignete Elemente ausgesondert worden. Das Verhalten der Polizeibeamten dem Publikum ge-genüber hat sich wesentlich gebessert. Und dennoch muß Verbesserungen besser werden, damit das Publi-kum der Polizei mehr Vertrauen entgegenbringt. Weiter ist die Beschaffenheit der Polizeigefängnisse zu bemängeln. Ich und Sie kennen es nicht aus eigener Erfahrung. Aber mit den Verhältnissen hat uns die polnische Presse bekannt gemacht, wie sie z. B. in Kattowitz sind. Höflichlich müßten die Dinge nachgeprüft werden, um eventl. die Presse zu einer Richtigstellung zu veranlassen.

Meine Damen und Herren! Ich habe noch zu dem Etat von Schule und Kirche zu sprechen und darin ist mit mir der deutsche Klub einig. Es sind im Etat 21 Milliarden deutsche Mark und 1,2 Mil-larden polnische Mark eingelegt. Wir können nur wünschen, daß dieser Etat an erster Stelle zu stehen komme. Das ist unser Lieblingsfund und die Wo-jewodschaft wird auch den geistigen Wohlstand wol-len. Wenn wir nicht durch Schulen und Kirche die moralische Kraft erreichen, dann haben die Ver-säuerungen und Einschränkungen der Regierung über das Gaskritik- und Schankwesen nichts zu sagen. In der Schule muß der Jugend die moralische Kraft gegeben werden. Und wir müssen alles, was wir geben können, auf die Schule aufwenden, und in dieser Hinsicht gehe ich geschlossen mit dem deut-schen Klub. Schon früher hat sich in ähnlicher Weise unser Abg. Szepietowski ausgesprochen. Aber gerade in den ländlichen Schulen haben wir nicht nur Mängel in der Schullehrung, es mangelt uns auch an Lehrern und was noch schwer ins Gewicht fällt, das wissen wir alle, es ist kein Ge-heimnis. Das ist die Qualität mancher Lehrer. Es muß alles versucht werden, um die Mängel zu beseitigen. Einen Fehler hat die Regierung gemacht, daß sie hat gute Kräfte abziehen lassen und dieser Fehler ist von heute auf morgen nicht wieder gut zu machen. Es werden darüber lange Jahre hin-gehen. Für die polnische Schule wird ja viel ge-tan, aber noch lange nicht das, was auch der deut-schen Minderheit zukommt. Nach dem Genfer Ab-kommen liegen die Rechte der deutschen Minderheit fest und wir werden uns diese nicht nehmen lassen. Was schließlich auf dem Gebiete der Volksschulen ge-schehen ist, das war die Errichtung von Parallel-klassen in größeren Städten, aber trotzdem leiden große Orte wie Chorzów, Neu-Helbau an dem Mangel der Ueberfüllung wegen Lehrermangel. Es haben sich gegen 90 Prozent Lehrer der Wojewodschaft beim. der Schulbehörde zur Verfügung ge-stellt. Aber ich weiß nicht, aus welchen Gründen diese nicht angenommen werden, obwohl sie die Vor-bedingungen erfüllt haben. Ich glaube, es liegt hier ein gewisses System vor, um die deutschen Eltern wegen ungenügendem deutschen Unterricht zu zwingen, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken. Auf diese Weise wird es den Eltern un-möglich gemacht, ihr Elternrecht auszuüben, und haben nicht die Eltern in erster Linie die Verant-wortung für ihre Kinder. Als Katholiken lassen wir uns von der Regierung das Recht nicht neh-men, was uns bezüglich der Erziehung durch die Schule zusteht und wir werden es ebenso wie früher in Deutschland so auch in Polen durch-setzen wissen. (Unruhe unter den polnischen Ab-geordneten, weshalb Abg. von Reizenstein um Ruhe bittet, damit er weiter reden könne.)

Auch im höheren Schulwesen sind die Dinge auch nicht besser. Es wurden 1. Zt. in Königs-hütte 2, in Kattowitz 1 höhere Schule geschlossen und Kinder und Lehrer in die Ferien geschickt. Später wurden von den 1184 Schülern in der Minderheitsschule 989 aufgenommen. Man hat sich auch hier wie in der Volksschule Eingriffe erlaubt, und so das Elternrecht eingeschränkt. Es kann kaum im Interesse des polnischen Staates liegen, daß Kinder von der deutschen Minderheit in auswärtige Schulen gehen. Der deutschen Minderheit werden Schwierigkeiten in den Weg gelegt, die einen Eingriff in die Elternrechte bedeuten. Es ist daher gar nicht zu verwundern, wenn deutsche Eltern ihre Kinder über die Grenze zur Schule schicken, das ist ein Zustand, der nicht das Ansehen des polnischen Staates fördert. Erreutlich ist so ein Zustand bestimmt nicht. Auch bezüglich der Privat-Schulen ist verschiedenes zu sagen. Aber in letzter Zeit erhalten in Pleßh, in Autortschütz 63 und in Myslowitz 93 Schüler Unterricht. Ich erinnere hierbei an die Schließung verschiedener Schulen, aus Gründen die nicht recht einleuch-tend sind. Da ist in Pleßh eine deutsche Schule wegen eines nassen Flecks geschlossen worden. Und der rühre davon her, daß dort Ausbesser-ungen vorgenommen werden, wodurch ein handtellergroßer Fleck zurückgeblieben ist, und das gab Veranlassung die Schule aus Gesund-heitsrücksichten zu schließen. Auch in Rybnik

und Lublitz kommt die Schulanlage nicht vorwärts. In Rybnik hatte der Schu-verein ein Haus angekauft, in dem 108 Knaben untergebracht werden sollten. Als das Woh-nungsamt dies erfuhr, wurde das Haus be-schlagnahmt und Wohnungsmieter darin unter-gebracht. Hrn. Lastowitz unterhält seit 7 Jahren eine höhere Mädchenschule in Rybnik. Man ist mit der Lehrerin darin übereingekommen, daß auch die Knaben in dieser Schule untergebracht werden. Als der Magistrat davon erfahren hatte, daß Kinder der deutschen Minderheit dort untergebracht werden sollten, erschien eine Kommission, und fand das Unterrichtsgebäude gesundheits-schädlich. Die Kinder wurden auf die Straße gesetzt. Zwar hat auch früher die deutsche Schulbehörde das Gebäude nicht ganz einwandfrei befunden, aber gesundheits-schäd-lich war es nicht. Als man ein Waisenhaus für das Schulgebäude einrichten wollte, erschien wieder eine Kommission und das Waisenhaus wurde geschlossen. So stehen jetzt Waisenhaus und das Mädchenheim von Hrn. Lastowitz leer und verlegt da, während die Schulkinder auf der Straße liegen. Auch in Lublitz kann man bezüglich der Privatschule einen passiven Widerstand der Behörde nicht verkennen. Es wurde dort das katholische Vereinshaus, das evgl. Vereinshaus verweigert, eine Kommunal-schule verboten. Auch in Koszbin-Schoppitz ist eine Schule geschlossen. Dort allerdings hat es die Gemeindebehörde ohne Einverständnis der Schulabteilung getan. Geben wir uns der Hoffnung hin, daß auf diesem Gebiete eine wesentliche Aenderung eintreten wird.

Das Wirtschaftsleben, meine verehrten Da-men und Herren, geht nicht vorwärts und es steht vor dem Zusammenbrechen. Das ganze Wirtschaftsleben liegt daneben. Und das liegt daran, das Fundament, das Rückgrad nämlich die Eisenbahn wird nicht repariert. Es muß hier eine andere organisatorische Tätigkeit eingrei-fen. Die Waagengesellschaft hat Mängel, der Per-sonenverkehr zeigt nur eine geringe Veränderung zum Besseren. Der Straßenverkehr verlagert fast ganz. Es kommt nicht selten vor, daß Sträu-der von Kattowitz aus bis nach südlichen Teile des Kreises Rybnik drei bis vier Wochen Zeit braucht, dann muß man noch an den Gütervor-schieber zwei bis drei Karten schreiben, ob die Sendung eingeliefert ist, oder wo sie sich über-haupt befindet. Wenn in dieser Hinsicht das Eisenbahnwesen nicht anders wird, ist eine Besserung im Verkehr nicht möglich. Damit hängt auch das Ernährungs-wesen zusammen. Wir bekamen früher aus den Ueberseebereichen Meisse, Leobschütz, Ratibor, Kofel Lebensmittel. Nachdem wir hiervon abgeschnitten sind, muß das Hinterland in Polen aufgeschlossen werden. Die Wojewodschaft allein kann das nicht machen, die Zentralregierung muß hier eingreifen, für bessere Versorgungs-angelegenheiten sorgen, Straßen anlegen, Eisenbahnen ausbauen, damit möglichst viel von der Landproduktion erfaßt und un-s zugeführt wird. Ich bitte daher, die Wojewodschaft nach Warschau zu fahren, die Mißstände der Staatsregierung vorzulegen, damit alsbald Hilfte geschaffen wird, sonst kommt der Zusam-menbruch. Tagelang müssen die Viehhändler mit Wagen in den weiten Kreisen Polens Vieh zusammenholen, und dann erst zur Bahn fah-ren. Dadurch verliert das Vieh an Gewicht und es müssen unnötigerweise Preisaufschläge ge-macht werden.

Zum Volksschulwesen, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich noch sagen, daß gegen ihn von der internationalen und radikalen Presse merkwürdige Angriffe gemacht worden sind. Ich kann ihnen erklären, daß der Volksschul-lehrer dazu da ist, um der deutschen Minderheit zu helfen. Mit Politik befaßt er sich gar nicht. Da-zu ist eine andere Behörde da. Die schlußmässigen Ausstellungen über den Volksschul-lehrer im „Sonice Sonst“ und in der „Grenzzeitung“. Der deutsche Volksschul-lehrer ist aber und bleibt eine Kulturorganisation. Bezüglich der Angriffe des Herrn Korstanty, der heute nicht anwesend ist, habe ich noch keine Gelegenheit gehabt zu ant-worten, aber ich muß heute die Selbstenheit „...“ und die Vorwürfe zurückweisen, daß der Volksschul-lehrer eine Anzahl Lehrer, die noch im Amte waren, mit Geldern unterstützt hat. Ich kann ihnen nur erklären, daß der Volksschul-lehrer nach dieser Richtung keinen Pfennig ausgegeben hat. Veranlassung zu solchem Gerede mag wohl der Unfand gegeben haben, daß eine Anzahl Lehrer, die ihre Pöken verlassen mußten, in Not geraten waren, und an uns mit der Bitte um ein Darlehn herangetreten sind. Das Dar-lehn war ein kurzfristiges und es ist auch restlos beglichen worden. Auch der Vorwurf gegen den Studiendirektor Schustalla war ein ebenso schwerer wie unberechtigter. Es sind durchaus keine Studien Referendare angefaßt worden. Sie hatten ihre Ausbildung noch nicht abge-schlossen und wurden vorbereitend beschäftig-t in Ermangelung eines abschließenden Semi-narstudiums.

So bin ich am Schluß meiner Ausführungen und gebe mich der Hoffnung an, auf ein gutes Einvernehmen im kommenden Jahre zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung, damit alles zum Heil und Segen gereiche, alles gute Fortschritte nehme und die Wege zu einem wirt-schaftlichen Fortkommen geebnet werden. (Bravo!) Nächste Sitzung 25. Januar, nach-mittags 3 Uhr.

Der Brockenfleck.

Von O. G. Goldmann.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Der Erwartete kam — Arm in Arm mit dem Studenten Möbius. Sie hatten einen Frühlingskuss gemacht!

Im Salon Verbeugungen und Kopfnicken. Frau Dietrich stellte vor.

„Herr Amtsgerichtsrat Dr. Brückner, mein Neffe.“

Der Untersuchungsrichter hat vielmals von Entschuldigung, wenn er habe warten lassen. Er habe zu seiner großen Freude im Hotel Achtermann seinen lieben Verbindungsbruder Möbius nach fünf Jahren wieder getroffen, und da sei natürlich ein Frühlingskuss daraus geworden.

Das Stöhnen der Frau Arndt, „Verbindungsbrüder!“ ging in dem Hin und Her der Vorstellung unter, bei dem niemand auf die alte Dame achtete, die unter ihren gemacht jugendlichen Böckchen sich trotz des aufgelegten Notverfärbes und irre Blide von dem einen zum anderen wandern ließ.

Eine aufgeregte alte Ruine, dachte der Richter, als er sich vor ihr verbeugte. Und „Marke Hohlknigsburg!“ tuschelte die Stimme des Studenten hinter ihm, der wie ein Schatzen als Souffleur böser Dinge und Gedanken folgte.

„Frau zur Mühlen“, die Hand der Tante machte eine empfehlende Bewegung zu der jungen Witwe hinüber, als diese an die Reihe kam. Eva war hübsch und reich, und Tante Dietrich kuppelte gern.

Hübsch ja, dachte der Neffe; aber nach meinem Geschmack zu fest frisiert und zu neugierige Augen.

Eben doch ein Affenmensch; dachte auf der anderen Seite Frau Eva; jung ist er nicht mehr, schön auch nicht und seine Verbeugung ist reichlich ungeschickt. Sie hatte sich dem Kriminalisten, von dem gegenwärtig jeder sprach, „bedeutender“ vorgestellt.

Der Richter war aber nur über den Teppich gestolpert, und daß kluge, scharfe Augen in seinem Kopfe saßen, die von einem warmen Herzen und von einem gefunden Verstande sprachen, sah man erst in der Nähe.

„Herr Rechtsanwalt Obermeister!“, der diese Vetter mit den Schmissen war an der Reihe. Der Richter glaubte, seiner Freunde Ausdruck geben zu müssen, auf einen Berufscollegen zu stoßen, doch der Herr mit den Schmissen winkte energisch ab. Er sei in den Ferien und jedem Nachhaken abhold.

Was muß der Mann für Hunger haben, dachte der Richter, wenn er so groß ist.

Doch schon soufflierte der Student: „Er liebt ein schönes Weib und haßt jeden Mann von vornherein, der in ihren Banntreue tritt. Nur wenn trinkt er Bier, und das erhält ihn so fröhlich.“

Bei Herrn Fante dachte der Richter: eine Konkurrenzphysiognomie! und Möbius tuschelte: „Nicht er liebt ein schönes Weib, sagt er; seine Gedanken weilen aber bei ihrem Bankkonto mehr als ihrem wunderbaren Leib.“

Da erschien das Büdelchen in der Tür und meldete, daß die Suppe auf dem Tisch stehe. Die Tante stellte das junge Mädchen mit den blonden Böckchen etwas nebensächlich als „die eine meiner Kochscholarinnen“ vor.

Büdelchen machte einen Tanzstundentanz und erröte sehr. „Ist sie nicht süß?“, flötete Möbius über die Schultern des Richters. Der aber dachte gerade an etwas anderes und war nicht recht bei der Sache.

Die eine meiner Kochscholarinnen hatte seine Tante gesagt. Er blickte sich suchend um. Der Rest dieser Vorstellung fehlte. Ob die schlante Braune mit den Flechten um die weiße lange Stirn und den tiefen, schönen Augen, die bei seinem Kommen auf der Treppe an ihm vorbeigekuschelt, die andere war?

Grübelnd stieß er seine Suppe. Frau Eva zu seiner Rechten markierte ein Gähnen. Sie fand den Fischherrn geradezu langweilig. Daß ihr Vetter auf der anderen Seite des Tisches ihr in diesem Augenblick sehr vergnügt zu nichte, verdroß sie.

Zur Linken des Richters saß Frau Arndt. In einem Widerstreit der Gefühle, Pläne und Hoffnungen. Sie war eine starke, unbegleitete Natur, die sich nach jedem Festschlag wieder aufrichtete, und die einen Dampfer, dem

das Steuer auf hoher See gebrochen, mit den Händen nach Amerika hinübergerudert hätte, wenn sie entschlossen war, nach Amerika zu gelangen.

Jetzt sah sie aus wie ein Panther, der zum Sprung ausholt. Nein, wie eine Wildkatze, die sich näher und näher schleicht.

„Sie bekommen sicher viel Briefe, Herr Untersuchungsrichter. Ich meine: in Ihrer Morbsache?“ sagte sie nachlässig, im Unterhaltungston und mit ihrem Köpfchen spielend.

Er wandte sich schnell zu ihr und sah sie prüfend an. Da sie aber seinen Blicken auswich, mußte er noch nicht gleich, ob er an der richtigen Quelle war. Sie wich auch sofort von dieser Bahn ab und kam auf den mysteriösen Brief zu sprechen, in dem die 2000 Mark des ermordeten Kaufmanns Braum gelegen hatten.

Er ließ seiner Gewohnheit nach nichts aus sich herabscholen, was das Publikum nicht schon wußte, und lobte die Suppe. Seine Tante lachte doch recht gut, es sei schade, daß er nicht jeden Tag hier sein könne.

Frau Arndt hatte das Gefühl, daß er nun wieder ihr auswich, und schlug einen anderen Weg ein, den geraderen, denn sie brannte von Ungeduld.

Ob die Behörden in einer solchen Kapitalfrage auch anonymen Briefen nachgeben ... ?

„Aha! dachte er, nun weiß ich ja genug! und machte gerade den Mund auf, um sich an das Wissen der alten Dame heranzupürschen, als der Stuhl ihm gegenüber befehl wurde.“

Es war Elle Schröder. Sie kam jetzt erst aus der Küche geschüßt, niemand nahm weiter Notiz von ihr. Mit Todesverachtung machte sie sich über ihre kalt gewordene Suppe her.

Die schlante Braune von der Treppe, dachte der Untersuchungsrichter, das ist also die andere der Kochscholarinnen! Er küßte sich halb von seinem Stuhl, machte verlegen eine kleine Verbeugung und murmelte „Brückner“.

Zwei braune Augen hoben sich von der Suppe.

„Das dachte ich mir, als ich Sie kommen sah. Ich muß nachessen. Die Suppe wollte nicht recht ...“ eine Reihe tadelloser Zähne lachte ihn an.

„Das ist ja sehr betrüblich, daß Sie deswegen um Ihr Recht auf einen warmen Teller kommen“, scherzte er.

Sie sagte etwas über Recht und Unrecht, was er sehr klug und bescheiden fand.

Frau Eva, die sich durch diesen beginnenden Dialog über den Tisch zurückgesetzt fühlte, warf eine Bemerkung ein, die hochmütig klang. Jedenfalls verfluchte Elle Schröder.

Nun nahm Frau Arndt einen neuen Anlauf und erinnerte den Richter an die Beantwortung ihrer Frage von vorhin, das mit den anonymen Briefen.

Er kam nach. Was wollte sie gleich wissen? „Nicht!“, „Natürlich, natürlich“, versicherte er eifrig, „auf alles wird eingegangen.“ Er sah nun klar und wußte, daß ein gewisses rosa Briefchen nur von dieser lästigen Kragerin stammen konnte. Na ja, so sah sie aus! „Nicht wahr, das dachten Sie nicht!“ bohrte sie weiter.

Er hatte zwar keine Ahnung, was er hätte denken sollen, aber es war am besten, alle Fragen bejahend zu erledigen. Er glaubte, die Dame zu seiner Linken, deren ungeheure Bräutungskonten sich freudig schlangen und hinter deren süßlicher Stimme ein Unwetter drohte, nicht durch Widerspruch reizen zu dürfen.

„Nein, das dachte ich nicht“, sagte er also, während seine Blicke schon wieder auf seinem Gegenüber ruhten. Es war ein zu hübsches Bild, dieses junge Mädchen mit der hohen, reinen Stirn und den niederbegehrten Augen.

„Daß in diesem Kreise ein Schenkel in Menschengestalt Unterschlupf finden kann, wer hätte dies geahnt?“ tuschelte Frau Arndt jetzt an seinem Ohr.

Muriel hätte diese schlanken, leicht gebräunten Finger sehen müssen, er wäre in Verwirrung geraten. Man sieht ihnen die Küchenarbeit wirklich nicht an! sinnierte der Richter und sagte aus diesem Gedankenstrom heraus unvermittelt: „Schade, daß ich kein Maler bin!“

Frau Arndt fand diese Antwort etwas fernliegend, nahm aber an, der Richter habe eine neue Methode zur Ueberführung von Verbrechen im Sinn. „Das System Verfallon hat sich wohl überlebt?“

Dieser, den Kriminalisten geläufige Name, weckte ihn aus seiner Träumerei. Er blickte die alte Dame erstaunt an.

„Ich verstehe Sie nicht recht.“

(Fortsetzung folgt.)

Zakłady Solway w Polsce,
Slaskie Biuro Sprzedaży
Kattowitz, Schillerstraße 17.
Seifen-Detailgeschäften und Drogerien
propioniert Lieferungen von Kristall und
Kautschuk Soda ab Lager Kattowitz.

Ein Hund
Neu und ländlich, Bernhardiner Art, hellgelb mit
weißen Flecken auf den Pfoten, „Toll“ hütend
entlaufen. abzugeben. Baumeister
Swierczynski Eichenau
Kattowierstraße 40.

Hochelien. Salon
zu verkaufen.
Bismarckhütte, ul. Krasowska 19 im Hof.

Frühen Zander
empfehlen
Hamburger Fischhalle
Kattowitz, Dürckstraße 14. Telefon 1420.

Zausche Wohnung
6 Zimmer in bester Lage Posens gegen 6 oder
5 Zimmer in Kattowitz. Offert. unt. N 497
an die Geschäftsstelle des Kurier Kattowitz erb.

Lagerplatz
in Königschütze oder Kattowitz
zu pachten event. zu kaufen ges. d. Angebote
unter J 493 an den Kurier Kattowitz.

Verkaufe ein 3-Tonnen
Lastauto
mit neuer Bereifung im guten Zustand.
Heinrich Bubik, Gabelsdorff
Lehmer-Gel.-Kfz.

Ständiges Lager
in
Kohlen-
säure
bei
„Hapos“ Kattowitz
Rariststraße 7 II. Telefon 297.

Achtung!
Die höchsten Preise
zahlen wir am Platz
für Eisen, Metalle, Lumpen
Knochen, Papier und Glas.
Stanislaus Dworatzek
Laurahütte, Seitenstraße 14. Tel. 1009

Kaufe
Alt-Eisen, Alt-Papier
und Bruchmetall.
Übernahme Abbrüche jeder Art.
E. Mazuga, Kattowitz,
Nortstraße 7.

Achtung! Interessenten: Achtung!
Brünnens-Apparat
kombiniert, Volt und Amp.
75 50 bis 100
150
300

für Gleich- und Wechselstrom für Montagen und
Berkstätten im eleganten Holzstufen mit Sand-
bügel billig zu verkaufen.
Neumann, Kattowitz
Königschütze 1. portr. I

Schreibmaschine
mit deutscher und polnischer Schriftart
(Marke Curlier) für 240.000 Mark.

1 Windeheber schweres System.
1 Bauwinde, 2-armig, 28 Meter.
Stahldrahtseil 10 mm stark
losgelöst zu verkaufen.
Zu erfragen Schießbach 65 Tarnowitz.

Geldzählerinnen
zur aushilfsweisen Beschäftigung zum sofortigen
Antritt gesucht.
Paraschader und Nationalbank
Kommanditgesellschaft zur Aktien
Kattowitz (Obereschles.)

Alima
beste Pflanzenbutter
Marius K. Jeppesen
Kattowitz, Markersienstr. 5.
Telephon 1402.

Wir benötigen zu Fabrikationszwecken:
Gold, Silber, Platin,
Bruch, Golddouble
und Quecksilber
Gegenstände
in jeder Menge und Form und
zahlen die höchsten Preise.
Gold- u. Silberscheideanstalt
G. m. b. H.
Zakład wydziałczy dla złota i srebra
Sp. z por. por.
Annahmestelle und Büro
KATOWICE, Johannesstr. 12, II.
Probier-Laboratorium, elektr. Walzwerk
moderne Schmelzanlage.

Mit
einer Million Rmk.
Einlage
uche mich als tätiger
oder
Teilhaber
an jedem Geschäft in
Stadt oder Dorf zu
beteiligen.
Geht. Offerten erbitten
unter L 495 an de
Kurier in Kattowitz.

D. K. W.
Hilfsmotor
zu kaufen gesucht. Off.
und zu richten unter
K 471 an Kurier Kattowitz.

Achtung!
Diejenige Person,
die am Montag früh das
Paket
vom Bahnhof Chorzow
mitgenommen hat ist er-
annt, und wird am
Rückgabe des Paketes ge-
belohnung wird gewährt.
Anzugeben: Stanislaus Dworatzek
Kattowitz, Seitenstraße 14, I. r.

1-2
Ladentische
für Kleidererei passend
zu kaufen gesucht.
Franz Schulz,
Myslowitz,
Synagogenstraße 12
Telefon 1128

Zu verkaufen
Ein neuer
Renn-
Schlitten
preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen bei
Schumilas,
Kattowitz, Holteistr. 18
Hinterhaus parterre

Konzert-
Flügel
steht zum Verkauf.
Alois Kurzek,
Badermeister
Orzeszko.

Stellungs-
Fräulein
wacht Stellung
im Büro für stenogra-
phische und Schreibmaschine.
Offerten unter P 497
an den Kurier Kattowitz.

Kaufmann,
Anfang 30er J. Ober-
schlesien, perfekt in poln.
und deutsch bewandert
in familiären Geschäften
zweigen sucht per 1. 2
Stellung
in größer. Unternehmungen.
Angebote unter O 498
an den Kurier Kattowitz.

Bautischler, Anschläger
werden eingestellt in der Bau- und
Möbelfabrik der Firma
Ignatz Grünfeld
Baugeschäft.
Melbungen auf dem Werk in Karbowa

Schwachstrom-
Ingenieure
für unsere Büros in Kongresspalast gesucht.
Kenntnis der polnischen Sprache in Wort
und Schrift unbedingt erforderlich. Schriftl.
Off. an Aktiengesellschaft Mix & Gones,
Bismarckhütte, Seitenstraße 42.

Tüchtiger, jüngerer
Kontorist
wird per sofort gesucht.
Deutsche sowie polnische Sprachkennt-
nisse Bedingung. Maschinen schreiben
erwünscht. Angebote an
Adam Przybyla & Co. G. m. b. H.
Großschellung
Rybnik.

Zwei tüchtige, jüdische
EINKÄUFER
für sofort gesucht.
Rohprodukten-Großhandlung
Stanislaus Dworatzek
Laurahütte, Seitenstraße 14. Tel. 1009

Junges Mädchen
aus guter Familie zu 2 1/2 jährigen Knaben mit
den dazu gehörigen Arbeiten per 1. Juni an-
genom. Kenntnisse sind mitzubringen. Persön-
liche Vorstellung bei
E. Frankenstein, Kattowitz,
Direktionsstr. 19

Vertreter
Werkzeugschlosser
vollständig selbstständig arbeitend, der gleich-
zeitig einem kleineren Betrieb vorstehen kann
per sofort gesucht. Vorzustellen mit Zeugn. bei
Ing. Myka, Josefadorf, Bismarckhütte, 28
Kreis Kattowitz.

Tresoreinrichtung
ganz oder teilweise zu kaufen gesucht.
Offerten mit näherer Beschreibung und Preis-
angabe erbeten an Kattowitzbüro
„FAR“ Poznań, ul. Fr. Ratajczaka

Unser polnischer Staat wird sich der Deutschen, denen er seine Fürsorge zuwenden, nicht zu schämen brauchen. Jeder von uns ist mit seiner Person das beste Unterpfand für ein dauerndes freundschaftliches Verhältniß zum deutschen Nachbarlande und nichts wird besser dafür, daß der Reichsangehörige polnischer Nationalität sich in Deutschland aller Freibeiten mit eifreuten dürfen als die fürsorgliche Behandlung, mit dem polnischen Bürger deutschen Stammes zu Teil find. So dürfen wir wüßlichen Minderheiten helfen und drücken die Brücke zwischen den beiden Nachbarstaaten werden und damit einem Werke dienen, dessen Bedeutung über den Ozean hinausreicht. Dann werden auch unsere Waiden in Polen nicht als ein unerwünschter Fremdkörper, sondern als ein wichtiges nicht zu entbehrendes Glied unseres Staatskörpers zu werten sein.

21. Nov. 24. Januar. Der italienische Ministerpräsident hat dem Ministerpräsidenten Erklärungen über die Lage abgegeben. Mussolini sagte dabei, daß er habe von der französischen Regierung Aufforderungen über die Ziele der militärischen Maßnahmen im Ruhrgebiet erhalten. Diese Maßnahmen zögen keinen anderen Charakter, als ausschließlichen Schutz der im Ruhrgebiet sehr zahlreich vorhandenen Techniker. Der italienische Delegierte in der Rheinlandkommission habe die Meinung geäußert, daß politischen Diskussionen und Beschlüssen nicht teilzunehmen. England sei wohl nicht in der Lage, im Augenblick einen Gegenstand der Streitigkeiten hervorzuheben zu lassen. Von einer Verständigung Italiens könne nicht die Rede sein. Er habe aber Deutschland auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die in der Aufhebung des Konfliktes begründet werde. Andererseits habe Frankreich auf die aus seinen Maßnahmen hervorgehenden politisch-sozialen Komplikationen hingewiesen. Die italienische Regierung könne von diesem grundsätzlichen Standpunkt nicht abweichen. Die Ereignisse im Ruhrgebiet würden wahrscheinlich auf einen toten Punkt gelangen, der es der italienischen Regierung unmöglich machen werde, ihre friedlichen Bemühungen mit einem besseren Erfolg als bisher fortzusetzen.

Die Sonntag-Nummer der „Zvestija“ in Moskau bringt zwei Artikel, die sich mit den Absichten der polnischen Imperialisken auseinanderlegen. Beide Verfasser, deren Ausführungen sichtlich von autoritativer Seite inspiriert sind, kommen zu dem Ergebnis einer starken Bedrohung Rußlands durch Polen. Polen sei dem russischen Entwaffnungsnotschlag mit aggressiven Absichten begegnet. Trotz des Abbruchs der Entwaffnungskonferenz würde Sowjet-Rußland fortsoeben, seine Rote Armee zu verringern. Wenn aber auch die Armee verringert worden sei, so habe die russische Sowjetregierung doch Maßnahmen ergriffen, um sich in kurzer Zeit wieder neue Streitkräfte schaffen zu können. Wenn es möglich war trotz der großen Zerstörung der Armeen durch die Revolution in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Rote Armee aus einem Nichts zu schaffen, so werde es der Sowjetregierung auch leicht sein, in kürzester Zeit eine so große Macht unter Wasser zu stellen, daß die polnischen Imperialisken es bedauern würden, eine solche Macht ins Leben gerufen zu haben.

†

Wie sehr Polen durch seine schlechte Finanz- und Geldwirtschaft bedroht wird, das sieht man am besten aus den Schulden, die der polnische

— Die Verhandlung der Finanzen. Nach Anhörung der auf der hiesigen technischen Sitzung gehaltenen Vorträge hat der Verband des Techniker auf Antrag des Wirtschaftsbundes bezüglich der Salinverbesserung und Finanzscheidung die unten angegebenen Grundzüge angenommen: 1) Zur Regelung unserer Landesfinanzen ist die Ergründung des Budgetgleichgewichts unbedingt notwendig. Letzteres kann erst dann eintreten, wenn wir eine starke und feste Basis haben. Der Besitz einer starken und festen Basis stellt also das Mittel dar, ohne das wir das Budgetgleichgewicht nicht erreichen können. 2) Eine feste und starke Basis kann uns eine private Emmissionsbank geben, die auf Gold basiert. Die Goldbasis einer solchen Bank kann zum einen bestehen aus irgendwelchen fremdländischen Goldbarren, ferner aus irgend welcher starken Auslandsbasis, die wir für die Warenzufuhr ins Ausland in der Menge erhalten müssen, damit der nach Bedienung des für uns notwendigen Imports aus dem Ausfuhrerlös erzielte Reinertrag eine ausreichende Summe ergibt, auf der die Emmissionsbank ruhen kann. 3) Auf das ausländische Goldbarren können wir dann rechnen, wenn wir das Vertrauen des Auslandes besitzen. Eine größere Ausfuhr des Auslandes wiederum kann uns nur die Steigerung unserer Industrie und Landwirtschaftsproduktion sichern. Das Vertrauen des Auslandes und die Steigerung der Produktion in der Industrie und Landwirtschaft können wir aber nur dann erreichen: a) wenn das Recht des Individualitätensums bei uns unbedingtes Recht anerkannt ist und das Privatkapital — das individuelle wie das ausländische — sicher sein wird, daß von Seiten des Staates kein Anschlag auf seine Aktion gegen dasselbe unternehmen wird, da es unmöglich machen, daß man über sein Eigentum innerhalb der Grenzen des Gesetzes frei verfügen kann; b) wenn im Innern des Staates die Nationalität frei veränderbar sein wird, die jegliche Eigenständigkeit der Existenzbedürfnisse in Bezug auf die Bürger und ihr Eigentum auslöscht, wenn kein Gesetz und keine Verordnung mit rückwirkender Kraft erlassen wird und die Konstitutionsgarantien nicht leer Worte bleiben werden; c) wenn schließlich die Freiheit der Arbeit garantiert wird, und die Streiks ausbleiben werden. Regulatoren des individuellen Lebens zu sein und ihnen damit Mangel angedeutet werden, daß die Möglichkeit auszuweichen ist, ungetröstet unser Leben auf allen Gebieten zu veralltären.

4. Defizite der Eisenbahnen. In den letzten Tagen erschienen in den Tagesblättern Artikel und Meinungen, die die Finanzwirtschaft der Eisenbahn einer strengen Kritik unterziehen, indem sie die ungeheuren Defizite der Staats-Eisenbahn unter Angabe von Figuren darstellen. Demgegenüber muß das Eisenbahnministerium die folgende Erklärung stellen. Das Eisenbahnbudget des Jahr das Jahr 1922 aufgestellt worden ist, sah ein Exploitationsdefizit in Höhe von 26 Milliarden vor. Der unglückliche Rechnungsabsturz ergab, daß dieses Defizit nicht nur nicht überbrückt werden konnte, sondern daß sich dieses Defizit infolgedessen vergrößert hatte, als es 3 Milliarden weniger betrug. Das Budget für das Jahr 1922 liegt ein Exploitationsdefizit von 29 Milliarden vor. Mit Grund der prognostischen Zustimmungsfähigkeit der Rechnungsereignisse für das Jahr 1922 kann man feststellen, daß dieses Defizit nicht überbrückt werden wird. Das Budget, das für das Jahr 1923 bearbeitet worden ist, ist noch nicht vom Finanzministerium herabgesetzt worden, insofern man das Defizit noch nicht feststellen kann. Wie sich aus den genannten Vergleichen ergibt, steht die Finanzwirtschaft der Eisenbahn nicht über den Rahmen des festgelegten Staats hinaus. Das Eisenbahnministerium wirkt dahin, das Anwachsen des festgelegten Subsidiebedarfs zu verhindern, und zwar einerseits durch Vornahme einer weitestgehenden Sparmaßnahme, andererseits durch die von Zeit zu Zeit vorgenommenen Eisenbahnüberhöhungen. Wenn man ferner bedenkt, daß in dem jungen polnischen Staat das Eisenbahnnetz sich noch im Organisationsstadium befindet, dann müssen die oben erwähnten Defizite im Verhältnis zu den Eisenbahndarstellungen anderer organisierter Länder als entsprechend niedrig betrachtet werden. So betragen nach der „Neuen Freien Presse“ vom 17. November 1922 schätzungsweise die Defizite für das Jahr 1922 in Österreich mit 1500 Millionen Kronen = Kurs 0.33 M. — also 500 Millionen, in Holland mit 31 Millionen Gulden — Kurs 8600 M. — also 266 Millionen, Frankreich 1100 Millionen Fr., — Kurs 1400 M. — also 150 Millionen, in Italien mit 1000 Millionen Lire, — Kurs 1000 M. — also 1000 Millionen, in Belgien mit 219 Millionen Fr., — Kurs 1200 M. — also 284 Millionen. Ebenso weisen Deutschland und die anderen Staaten sehr große Defizite bei der Eisenbahn auf. In England unterstützt die Regierung mit ganz bedeutenden Summen die Privatbahn, um ihnen infolge der bedeutenden Exploitationsdefizite Hilfe zu gewähren.

N. N. 360 Kattowitz. Sagen Sie auf Erfüllung der
Wünschen, der Schneider muß liefern.

OBERSCHLESISCHER
KURIER
Königsb. H. 11
Königsb. 11

